

Berlin 13.12.17

Pressemitteilung

„Schützt alle in Deutschland lebenden (Deutsch-) Türken vor Verfolgung und Repression!“

Durch Erdogans Hexenjagd stehen deutsche Bildungsangebote vor dem Aus. Berliner Stiftung Dialog und Bildung bittet deutsche Bundesregierung um mehr Unterstützung.

Berlin. Die in Berlin ansässige Stiftung Dialog und Bildung präsentierte heute mit Nachdruck einen Maßnahmenkatalog für die deutsche Bundesregierung.

Als Stiftung Dialog und Bildung bitten wir die Deutsche Bundesregierung endlich folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- ein **Verbot der diskriminierenden Verfolgung** von Angehörigen der Hizmet-Bewegung in der Türkei und in Deutschland,
- den **Schutz aller verfolgten Menschen** in der Türkei, ob mit oder ohne Verbindung zur Hizmet-Bewegung,
- eine **internationale, unabhängige Kommission**, die die Ereignisse vor, während und nach dem 15.07.16 in der Türkei untersucht,
- eine öffentliche **Zurückweisung der Kollektivschuldzuweisungen** seitens der AKP-Regierung, der Oppositionsparteien und türkischer Medien,
- die Durchsetzung von **Rechtsstaatlichkeit** und der menschenrechtlich verbrieften **Unschuldsvermutung** (Artikel 14 Abs. 2 des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen) in der Türkei gewährleisten,
- **intensive diplomatische Aktivitäten** Deutschlands gemeinsam mit allen anderen EU-Staaten, um die menschenverachtenden Zustände in der Türkei sofort zu beenden und
- öffentliche **Solidaritätserklärung** sowie **Schutz** deutscher Hizmet-Aktivitäten vor Repressalien und Verfolgung.

Hintergrund:

Seit dem Putschversuch in der Türkei am 15./16. Juli 2016 ist ein Jahr vergangen. Noch immer sind Urheber und Hintergründe der Ereignisse ungeklärt. Es gibt Anschuldigungen, aber keine Beweise. Es gibt Verhaftungen, aber keine rechtsstaatlichen Verfahren. Dem Regierungsnarrativ vom „gescheiterten Putsch“ werden die Narrative vom „kontrollierten“ und „inszenierten Putsch“ entgegengehalten.

Was aber seitdem Realität ist: zahlreiche Grundrechte sind außer Kraft gesetzt, ob Presse- und Meinungsfreiheit, Versammlungsrechte, Wissenschaftsfreiheit und das Recht auf Eigentum. Mit Rechtlosigkeit, Sippenhaft und Unterdrückung

zeigt die Türkei zunehmend Züge einer Diktatur.

„Erdogans Verfolgung und Diffamierung von Andersdenkenden, insbesondere der Hizmet-Engagierten, zeigt auch in Deutschland massiv Wirkung“, beschreibt Ercan Karakoyun, Vorsitzender der Stiftung Dialog und Bildung in Berlin, die Situation von circa fünfzigtausend Hizmet-Engagierten in Deutschland, deren Vereine und Bildungsangebote vielerorts vor dem Aus stehen.

Dabei leistet die Bewegung schon über Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit für Bildung, Völkerverständigung, interreligiösen Dialog und Integration in Deutschland und ist politisch anerkannt und wissenschaftlich hochgelobt. Deswegen appelliert Ercan Karakoyun an die Bundesregierung: „In dieser schweren Zeit brauchen wir Solidarität und Hilfe!“

Der *lange Arm Erdogans* sei überall zu spüren: Viele AKP-nahe Vereine und Verbände, regierungstreue türkische Medien und Einzelpersonen setzen Erdogans Desinformationsstrategie auch hierzulande um, indem sie seinem offenen Aufruf zu Denunziation und Spionage folgen. Sie transportieren den Hass nach Deutschland: Geschäfte und Vereine werden boykottiert, Familien entzweit, immer wieder auch Morddrohungen ausgesprochen.

Deutsche Staatsangehörige, die sich in hizmet-nahen Bildungs- oder Kultureinrichtungen engagieren, können weder in die Türkei, noch in mit der Türkei kollaborierende Staaten reisen – aus Angst vor Verhaftung und Folter. „Das dürfen Sie nicht länger dulden, Frau Merkel!“, ruft Ercan Karakoyun die Bundeskanzlerin zum Handeln auf.

Kontakt:
Stiftung Dialog und Bildung
Vorsitzender Ercan Karakoyun
Handy: 0176 436 697 46
Tel 030 206 21 400
info@sdub.de